

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbr d

Inhalt

Professor Gerhard Heimann
MdB erinnert an das Berlin-
Abkommen der vier Mächte:
Grundlage für neue Entspan-
nungsschritte.

Seite 1

Egon Lutz MdB kommentiert
die Arbeitslosenzahlen des
August: Bonner Arbeits-
marktoptimismus endgültig
ad absurdum geführt.

Seite 2

Dr. Uwe Holtz MdB fordert
das Selbstbestimmungsrecht
für Afghanistan: Kabul -
Problemfall der Blockfreien.

Seite 4

Dr. Rudi Schöberger MdB
begründet die Forderung
nach einem sofortigen Ret-
tungsprogramm für die Al-
pen: Gefährdete Landschaft
bewahren.

Seite 5

Ernst Haar MdB weist auf
die umweltorientierte Ver-
kehrspolitik der Schweiz hin:
Ein gutes Beispiel der Eidge-
nossen.

Seite 6

41. Jahrgang / 167

3. September 1986

15 Jahre Viermächte-Abkommen

Für eine zweite Phase der Entspannungspolitik

Von Professor Gerhard Heimann MdB
Deutschlandpolitischer Sprecher der Berliner SPD

Heute, vor 15 Jahren, am 3. September 1971, wurde das Viermächte-
Abkommen unterzeichnet. Das Viermächte-Abkommen bedeutet
eine historische Wende in der Nachkriegsgeschichte Berlins.

Es ist nur möglich geworden durch die zuvor eingeleitete erste Phase
der Entspannungspolitik der damaligen sozial-liberalen Bundesregie-
rung unter Willy Brandt, Egon Bahr und Walter Scheel. Es steht
somit in einer Reihe mit den Verträgen von Moskau und Warschau
und mit dem später unterzeichneten Grundlagenvertrag. Wir Sozial-
demokraten sind stolz darauf, diese Politik gegen den Widerstand
fast aller, die sich heute darauf berufen, durchgesetzt zu haben.

Wenn wir heute darangehen, eine zweite Phase der Entspannungs-
politik zu formulieren und praktisch zu erproben, dann sind die
Ziele von damals unverändert: Auf der Grundlage des Gewaltver-
zichts und der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und part-
nerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen West und Ost schließ-
lich einen Zustand dauerhaften Friedens in Europa zu erreichen,
durch den die Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren.

Hierin eingebettet liegt die Zukunft und kommende Bedeutung
Berlins. Das Viermächte-Abkommen beweist die Fähigkeit der vier
Siegermächte, im Gleichklang mit der deutschen Politik praktische
Vereinbarungen zu treffen, die einer solchen Zukunftsperspektive
Berlins dienen, ohne den Status von Berlin und die Bindungen an
die Bundesrepublik zu verletzen. (-/3.9.1986/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressnhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
and available in German
Republics



Bonner Arbeitsmarktoptimismus endgültig ad absurdum geführt

Anmerkungen zu den Arbeitslosenzahlen von August 1986

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Nach dem achten Monat des vierten Aufschwungjahres steht nun endgültig fest, daß die wiederholt vorgetragenen Arbeitsmarktprophезeierungen dieser Bundesregierung sich als Luftblasen erweisen.

Mit 2,12 Millionen Arbeitslosen - das sind gerade 11.500 weniger als im beklagten „Juli-Sommerloch“ - muß diese Regierung endgültig zugeben, daß der aus blindem Zweckoptimismus beschworene Jahresdurchschnitt von 2,15 Millionen Arbeitslosen für das Jahr 1986 endgültig der Märchenwelt angehört. Wie so oft hat die Rechtskoalition auch hier wieder ihren Mund gewaltig vollgenommen und muß nun kleinlaut zugeben, daß bereits Ende August mit einer Durchschnittszahl von 2,30 Millionen Arbeitslosen für das Jahr 1986 der behauptete Schnitt um sage und schreibe 150.000 Menschen, die ohne Arbeit sind, überschritten ist.

Rechnet man jedoch wirklich seriös, so muß diese August-Zahl von 2,12 Millionen kräftig nach oben korrigiert werden, denn alle Monate wieder unterschlägt die Bundesanstalt, daß zu dieser Zahl hinzugerechnet werden müssen

- die 42.000 Arbeitslosen, die nach der 105 c AFG-Regelung aus der Monatsstatistik herausfallen,
- die 257.000 Jugendlichen, die an beruflichen Förderungsmaßnahmen teilnehmen,
- die 112.000, die an AB-Maßnahmen teilnehmen.

Und auch bei der Zahl der Erwerbstätigen muß das Trio Kohl, Blüm und Bangemann jetzt feststellen, daß sich trotz vollmundig vorgetragener Zuversicht hier so gut wie nichts getan hat - zum Vorjahresmonat ist hier lediglich eine Zunahme von 273.000 zu verzeichnen. Da wird es auch kaum wundern, daß sich mit einer Abnahme von 10.000 Kurzarbeitern auch an dieser Front so gut wie nichts getan hat.

Im einzelnen ist zu den Augustzahlen der Bundesanstalt für Arbeit festzuhalten: Die Arbeitslosenquote im August 1986 beträgt 8,5 Prozent - das sind genau 0,1 Prozent weniger als im Vormonat und ganze 0,4 Prozent weniger als im Vorjahresmonat.

Der Hinweis auf die Zunahme der AB-Maßnahmen um 0,8 Prozent auf eine absolute Zahl von fast 120.000 ist gewiß erfreulich, jedoch muß auch hier bedacht werden, daß mit AB-Maßnahmen allein wenig angerichtet ist, wenn hier nicht längerfristige Konzepte für die in diesen Projekten beschäftigten Arbeitslosen bestehen.

Heinrich Frankes Hinweis darauf, „daß allmählich geburtenschwächere Jahrgänge den Arbeitsmarkt erreichen“, mag so lange nicht recht zu überzeugen, als Dorothee Wilms auf der einen Seite von ausreichenden Lehrstellen spricht, aber auch die August-Statistik des Bundesamtes wieder eine Zunahme von nahezu 9.000 Jugendlichen unter 20 Jahren ohne Arbeitsstelle ausweist - das sind allein für die Gruppe unter 20 Jahren inzwischen 160.000 Jugendliche.



Zu der Zahl der Erwerbstätigen, die ja seit letzten Monat vom Statistischen Bundesamt zugeliefert wird, um die Statistik der Bundesanstalt etwas weniger trist einzufärben, muß skeptisch angemerkt werden, daß noch immer nicht die Definitionskriterien geklärt sind, nach welchen hier Erwerbstätige geführt werden: Drei-Tage-Verträge, Sieben-Tage-Verträge, Ein-Monats-Verträge - sind das wirklich Erwerbstätige, die in eine arbeitsmarktpolitische Aussage einfließen dürfen?

Und nach wie vor sind es die „Randgruppen“, die unter der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit besonders zu leiden haben: Die Jugendlichen wie oben angeführt, aber auch die Ausländer, die zwar eine geringfügige Abnahme von 2.800 in diesem Monat zu verzeichnen haben, aber immer noch einen alarmierend hohen Anteil von 10,9 Prozent an den Arbeitslosen stellen, in absoluten Zahlen sind das 231.000. Das gleiche gilt für die Gruppe der Schwerbehinderten: Nachdem sich diese Bundesregierung vehement sträubt, diese besonders benachteiligte Arbeitnehmergruppe durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen besser zu stellen, wird sie wohl auch unerschüttert mit ansehen, daß auch hier nach wie vor ein skandalöser Sockel von 123.000 arbeitslosen Schwerbehinderten zu verzeichnen ist, im August bedeutet das eine Abnahme von genau 293 arbeitslosen Schwerbehinderten!

Ein Blick auf die Arbeitslosenquote der verschiedenen Bundesländer weist für Niedersachsen einen Spitzenwert von 11,3 Prozent aus, gefolgt von Schleswig-Holstein mit 11,2 Prozent.

Vor wenigen Tagen mußte Heinrich Franke in einem Interview selbst zugeben, daß auch weiterhin mit einem Arbeitslosensockel von über zwei Millionen zu rechnen sei und dies, so Franke, „obwohl der Aufschwung nun bereits drei Jahre andauert und ein hervorragender wirtschafts- und finanzpolitischer Rahmen geschaffen worden ist“. Solche Äußerungen und die Haltung dieser neokonservativen Bundesregierung, die den Arbeitslosigkeitsabbau allein den marktwirtschaftlichen Kräften überlassen will, galt lange Zeit als zynisch, inzwischen kann man davon reden, daß sich Helmut Kohl, in dessen Reden die Arbeitslosigkeit schon lange nicht mehr vorkommt, inzwischen achselzuckend auf ein „Schicksal“ eingerichtet hat, an dem - erinnern wir uns der Erklärungsversuche von Frau Nölle-Neumann vor wenigen Wochen - nicht zuletzt die Arbeitslosen selber schuld sind.

(-/3.9.1986/vo-he/rs)



Afghanistan - Problemfall der Blockfreien

Dem Land muß das Recht zurückgegeben werden, seine Politik selbst zu bestimmen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Afghanistan, Gründungsmitglied der inzwischen 25 Jahre bestehenden Blockfreien-Bewegung, ist zu einem Problemfall für die über 100 Staaten geworden, deren Vertreter in Harare zusammengekommen sind: Nicht nur, daß von einer Blockfreiheit des Landes spätestens seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im Dezember 1979 keine Rede mehr sein kann - der bewaffnete Konflikt in Afghanistan stellt die Blockfreien auch immer wieder vor die schwierig zu lösende Aufgabe, eine der beiden Supermächte zu verurteilen, ohne zum Verbündeten der anderen zu werden.

Daß die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, daß der brutale Vernichtungskrieg gegen den afghanischen Widerstand und gegen die Zivilbevölkerung, daß die Mißachtung der Menschenrechte zu verurteilen sind, steht außer Zweifel. Das Eingreifen des „natürlichen Verbündeten der blockfreien Staaten“ hat die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst, über eine Million Afghanen sind seitdem getötet und verwundet worden. Die Meldungen über die Kämpfe lassen geradezu den Verdacht aufkommen, daß die sowjetischen Truppen das kleine Land als „Manövergelände“ zur Erprobung neuer Taktiken und Waffen nutzen.

Die einzig mögliche, die politische Lösung des Konflikts wird aber auch dadurch nicht gerade erleichtert, daß die Interessen des afghanischen Volkes allzu oft von den Interessen und Zielsetzungen des Ost-West-Konfliktes überlagert werden. Solange das Streben nach Propaganda-Erfolgen im Vordergrund steht, können die fünf Millionen afghanischen Flüchtlinge im Ausland und die zwei Millionen Afghanen, die sich in ihrem Land auf der Flucht befinden, nicht auf eine Rückkehr in ihre angestammte Heimat hoffen. Und solange eine der beiden Supermächte das Zurückdrängen der anderen als ihr höchstes Ziel ansieht und proklamiert, besteht wenig Aussicht, daß die Afghanen selbst über den einzuschlagenden Weg bestimmen können.

Das Instrument der Loya Jirgah, eines Organs, in dem das Volk von Afghanistan vertreten wurde und in dem es seine Meinung über die Regierung des Landes äußern konnte, wird auch von der gegenwärtigen Verfassung, den „Grundlegenden Prinzipien“, anerkannt; es ist allerdings außer Kraft gesetzt „bis zum Eintritt geeigneter Bedingungen“. In der Reaktivierung dieses traditionsreichen Organs scheint mir eine wichtige und sinnvolle Möglichkeit der Rückkehr zu einem selbstbestimmten und blockfreien Afghanistan zu liegen.

Die Sowjetunion, so heißt es in Artikel 5 des am 7. Dezember 1978 geschlossenen „Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit“ mit Afghanistan, respektiere die Politik der Blockfreiheit des Vertragspartners, die „ein wichtiger Faktor zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ sei. An diese richtige Erkenntnis sollte sich die Sowjetunion endlich erinnern!

(-/3.9.1986/va-he/rs)



Eine Alpen-Apokalypse abwenden

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten fordern von Bonn ein sofortiges Rettungsprogramm

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Statt einen Alpenkrieg mit dem Nachbarland Österreich wegen der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zu führen, sollte die CSU-Troika Strauß-Stoiber-Tandler sich mit der Tragödie der Alpen befassen - mit der Gefährdung des ökologischen Gleichgewichtes in dem größten „Freizeitpark“ Europas. Nachdem die bayerische Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten bereits vor knapp zwei Jahren in einer Großen Anfrage an die Bundesregierung das Bild von einer „Alpen-Apokalypse“ darstellte und die Dinge bisher immer noch nicht in Bewegung geraten sind, um den Wald in der Alpenregion zu retten, haben jetzt die Parteifreunde von Strauß in der Bonner Regierung und im Bundestag Gelegenheit, Farbe zu bekennen: Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten fordern die Bundesregierung in einem Antrag auf, ein Sofortprogramm zur Rettung der Alpenwälder zu erarbeiten.

Wenn nicht umgehend etwas getan wird, ist zu befürchten, daß längerfristig die Alpentäler unbewohnbar werden. Die Alpenwälder, die den herausragenden ökologischen Schutz für die Menschen vor Lawinen, Muren, Hochwasser sowie gegen Bodenerosion bilden, sind in ihrem Bestand ernsthaft bedroht. Durch Schadstoffkonzentration sind fast 70 Prozent der Schutzwälder geschädigt. Daher sind dramatische Schritte notwendig, um der Schädigung des Bergwaldes Einhalt zu gebieten.

Die meisten Leute, die, um nur ein Beispiel zu nennen, auf autobahnähnlich ausgebauten Skipisten hinunterwedeln, wissen noch gar nicht, wie ernst es inzwischen um die Alpen bestellt ist. Diese sind angesichts der Zerstörung des Schutzwaldes, angesichts der fortschreitenden Naturvernichtung durch verkehrliche, touristische und industrielle Erschließungsmaßnahmen nicht mehr in der Lage, sich selbst zu regenerieren. Wir fordern deshalb, eine Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Eingriffe in den Alpenraum wie bauliche Investitionen und die Durchführung von sportlichen Großveranstaltungen einzuführen. Es sind unter anderem Maßnahmen notwendig wie: Anpflanzung von Pioniergehölzen, Verminderung des Bestandes an Schalenwild, beschleunigte Ablösung des Waldweiderechts und Entwicklung eines Konzeptes zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

Es geht nun darum, ob ein großer einzigartiger Naturraum erhalten bleibt, oder ob aus ihm eine Art Alpen-Disneyland mit derzeit schon jährlich 40 Millionen Touristen wird. Da die in der Arge-Alp zusammengeschlossenen Regierungschefs von sieben Ländern die Probleme nicht in den Griff bekommen und die Effektivität dieser Lederhosen-EG offensichtlich begrenzt ist, muß nun der Bund handeln. Gegenüber der Bayerischen Staatsregierung ist darauf zu drängen, einen Alpenschutzbeauftragten einzusetzen. Dieser soll alle den Alpenraum betreffenden Vorgänge beobachten und koordinieren. Weiter ist es notwendig, eine internationale Schutzkonferenz der Alpenstaaten einzuberufen, um eine Alpenschutzkonvention zu verabschieden.

Angesichts des derzeit gefeierten Zoojähigen Geburtstages des Alpinismus (Erstbesteigung des Mont Blanc) stellt sich jetzt die Frage, ob und in welchem Zustand auch unseren Kindern der Natur- und Erholungsraum Alpen noch zur Verfügung stehen wird. Der Alpinismus, einst als Bewegung von Eroberern geboren, erhält in unseren Tagen eine andere politische Aufgabe: Das Bewahren und Schützen einer gefährdeten europäischen Landschaft.

(-/3.9.1986/vo-he/rs)

* * *

Ein gutes Beispiel der Schweiz

**Die Tarifierleichterungen im öffentlichen Nahverkehr sind Ausdruck
einer umweltorientierten Verkehrspolitik**

**Von Ernst Haar MdB
Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands**

Als eine umweltpolitisch vorbildliche Maßnahme ist die Entscheidung des Schweizer Nationalrates zu bewerten: durch Senkung der Tarife den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen.

Für die Versuchsdauer von sechs Jahren hat die Schweizer Regierung ein umfassendes Paket von Förderungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr geschnürt. Ab dem 1. Januar 1987 gibt es im Personenverkehr Ermäßigungen auf die Jahrespreise des Halbtax- und des Pendlerabonnements ebenso wie im Güterverkehr auf die Tarife der Bahn-Beförderung von und nach den Basler Rheinhäfen. Gleichzeitig sind Investitionen für den Umweltschutz geplant und Verbesserungen im Angebot des Regionalverkehrs durch Fahrplanverdichtungen vorgesehen. Mit diesen Maßnahmen hofft die Schweiz, den öffentlichen Verkehr für den Bürger attraktiver zu machen und eine nachhaltige Änderung des Verkehrsverhaltens zu erreichen.

Da oftmals die Bahntarife von vielen Reisenden als zu hoch angesehen werden, hofft man durch die Senkung der Fahrpreise bei gleichzeitiger Verbesserung der Infrastruktur, den einzelnen Bürger leichter zum Umsteigen auf die Schiene bewegen zu können. Eine solche langfristige Änderung des Verkehrsverhaltens erfordert jedoch Zeit, weshalb die Förderungsmaßnahmen auch für die Dauer von sechs Jahren geplant sind. Daß insbesondere Tarifierleichterungen den öffentlichen Verkehr attraktiver machen können, haben die in verschiedenen Schweizer Städten erprobten preiswerten Umwelttickets gezeigt, mit deren Einführung die Anzahl der Reisenden deutlich zugenommen hat.

Die Schweiz hat mit den neuen Beschlüssen ein deutliches Zeichen gesetzt für eine umweltorientierte Verkehrspolitik und beweist damit einen Weitblick, den die Bundesregierung in Sachen Umweltschutz einfach vermissen läßt. Um in der Bundesrepublik die Benachteiligung der Bahn gegenüber dem Individualverkehr auszugleichen, halte ich die Förderung des öffentlichen Verkehrs für dringend geboten. Wenn die Bundesregierung dem verkehrspolitischen Beispiel der Schweiz folgen würde - die Schweiz läßt sich diese Förderungsmaßnahmen jährlich etwa 100 Millionen Franken kosten -, wäre dies eine ernsthafte Bekundung, daß sie es mit dem Umweltschutz ernst meint.

(-/3.9.1986/vo-he/rs)

* * *

